

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak, Mag. Marie-Christine Giuliani-Sterrer, BA,
Mag. Katayun Pracher-Hilander
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Stärkung der psychischen Gesundheitsversorgung und Prävention**

Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit leben laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit einer psychischen Erkrankung.¹ Psychische Gesundheit ist auch in Österreich ein gesamtgesellschaftliches Schlüsselthema und berührt eine zentrale staatliche Verantwortung: den Schutz der Bevölkerung, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und den Erhalt der Lebensqualität. Allerdings werden psychische Erkrankungen oft zu spät erkannt, zumal mangelt es an Spezialisten und an der entsprechenden Finanzierung.²

Aktuelle Befunde belegen jedenfalls eine hohe Prävalenz, die weit über Einzelfälle hinausgeht: Anlässlich des Welttags der psychischen Gesundheit am 10. Oktober wies etwa die Österreichischen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (ÖGPP) vergangenes Jahr darauf hin, dass beinahe ein Viertel der österreichischen Bevölkerung an einer psychiatrischen Erkrankung leide.³ Die Untersuchungen würden weiters, dass etwa zehn Prozent der Bevölkerung an Depressionen leiden oder 6,8 Prozent an Angststörungen und 3,5 Prozent an Alkoholmissbrauch bzw. -abhängigkeit.

Diese Zahlen werden durch das EU-Projekt „Infra4NextGen“ gestützt: Obwohl rund 75 Prozent der knapp 16.000 Befragten aus elf Ländern ihre psychische Gesundheit in Österreich als „gut“ oder „sehr gut“ beschreiben, gaben fast sieben Prozent der Erwachsenen an, unter akuten psychischen Problemen zu Belastungen leiden.⁴

Neben der allgemeinen Verbreitung in der erwachsenen Bevölkerung rückt zunehmend die massive Belastung junger Menschen in den Fokus. Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen, – nicht zuletzt als Folgeerscheinung der weitreichenden Maßnahmen der COVID-19-Politik. Der Bericht „Gesundheit und Gesundheitsverhalten von österreichischen Schülerinnen und Schülern – Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2021/22“ zeigte durchaus deutliche Belastungssignale: Bei den pandemiebezogen erhobenen Indikatoren berichteten 29 Prozent der Mädchen und 17 Prozent der Burschen von häufigen Zukunftssorgen sowie 29 Prozent der Mädchen und 9 Prozent der Burschen von häufiger Angst. Einsamkeit betraf 66 Prozent der Mädchen und 43 Prozent der Burschen. Zusätzlich wurden Mobbing Erfahrungen „mehrmals“ je nach Schulstufe im Bereich von 3–12 Prozent (Mädchen) bzw. 4–13 Prozent (Burschen) gemeldet.⁵ Ergänzend dazu verweist man bei der österreichweiten Initiative „Yellow September“⁶ darauf, dass jeder

¹ <https://goeg.at/who-psychische-gesundheit-2025> (aufgerufen am 22.09.2026)

² ZIB 1 vom 2. September 2025

³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20251009_OTS0001/mehr-als-zwei-millionen-oesterreicherinnen-von-psychiatrischen-erkrankungen-betroffen-dringender-handlungsbedarf-in-der-versorgung (aufgerufen am 22.09.2026)

⁴ <https://orf.at/stories/3424934/> (aufgerufen am 22.09.2026)

⁵ https://goeg.at/sites/goeg.at/files/inline-files/%C3%96sterr.%20HBSC-Bericht%202023_bf.pdf (aufgerufen am 22.09.2026)

⁶ <https://goeg.at/Start Yellow September 2026> (aufgerufen am 22.09.2026)

Fünfte zwischen 16 und 24 Jahren angibt, sich immer oder meistens einsam zu fühlen. Diese Frühindikatoren verdeutlichen den dringenden Bedarf an niederschwelliger, rasch zugänglicher Hilfe. In der Realität scheitert diese jedoch vielerorts an zu langen Wartezeiten und fehlenden Therapieplätzen.

Doch nicht nur die Jugend, auch die ältere Generation steht vor spezifischen gesundheitlichen Herausforderungen. Mit der Alterung der Bevölkerung ist in den kommenden Jahrzehnten mit einem deutlichen Anstieg von Demenzerkrankungen zu rechnen. Laut wissenschaftlichen Prognosen wird sich die Anzahl der Menschen mit einer Demenzerkrankung bis zum Jahr 2050 nahezu verdoppeln; Experten rechnen mit 290.500 betroffenen Österreichern.⁷

Die extremsten und tragischsten Auswirkungen dieser vielfältigen psychischen Krisen spiegeln sich letztlich in den Suizidzahlen wider: Im Jahr 2024 starben in Österreich 1.219 Personen durch Suizid, etwa dreieinhalbmal so viele wie im Straßenverkehr. Dies entspricht einer bevölkerungsbezogenen standardisierten Suizidrate von 14 pro 100.000 Einwohner. Seit den 1980er-Jahren ist ein deutlicher Rückgang der Suizidhäufigkeit zu beobachten. Im Vergleich zum Jahr 2023 blieb die Suizidrate sowohl bei Männern als auch bei Frauen stabil. 80 Prozent der Suizidtoten sind Männer. Die bevölkerungsbezogene Suizidrate steigt jedoch mit dem Alter an: Betrachtet man die relative Häufigkeit, zeigen sich in den höchsten Altersgruppen die höchsten Suizidraten.⁸

Der Bereich der psychischen Erkrankungen ist weit gefasst, wobei einige Diagnosen in den vergangenen Jahren eine besonders besorgniserregende Dynamik aufweisen. Besonders hervorzuheben sind hier depressive Erkrankungen bis hin zum Suizid, psychisch bedingte Essstörungen bei Jugendlichen und Erschöpfungssyndrome („Burn-out“). Die Folgen und Belastungen psychischer Erkrankungen treffen nicht nur den Erkrankten, sondern auch das soziale Umfeld, besonders Partner und Familie. Hilfe und Unterstützung müssen deshalb auch diese Personen umfassen. Um dieser Entwicklung gesamtgesellschaftlich entgegenzuwirken, bedarf es eines strukturellen Umdenkens in der Gesundheitsversorgung.

⁷ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20251009_OTS0001/mehr-als-zwei-millionen-oesterreicherinnen-von-psychiatrischen-erkrankungen-betroffen-dringender-handlungsbedarf-in-der-versorgung (aufgerufen am 22.09.2026)

⁸ <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Nicht-uebertragbare-Krankheiten/Psychische-Gesundheit/Suizid-und-Suizidpr%C3%A4vention-SUPRA.html> (aufgerufen am 22.09.2026)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, ein bundesweites Maßnahmenpaket zur Stärkung der psychischen Gesundheitsversorgung und Prävention vorzulegen und umzusetzen, das insbesondere umfasst:

1. den Ausbau niederschwelliger Präventions- und Unterstützungsangebote einschließlich der strukturierten Einbindung und Unterstützung von Angehörigen;
2. die systematische Integration psychischer Gesundheit in bestehende Vorsorgeprogramme;
3. die Reduktion von Wartezeiten und Kapazitätsengpässen in der Behandlung psychischer Erkrankungen, insbesondere durch einen Ausbau kassenfinanzierter Psychotherapieplätze und die effiziente Einbindung vorhandener Psychotherapie-Kapazitäten;
4. die Umsetzung von stärkerer gesellschaftlicher Präventionsarbeit zur Entstigmatisierung und zur Förderung der Resilienz;
5. die Veröffentlichung eines jährlichen, österreichweit einheitlichen Monitorings zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen inklusive Versorgungskennzahlen.“

Tina A. Berger
(TINA ANGELA BERGER)

[Signature]
(KAMRAT)

Pracher-Hilander
(PRACHER-HILANDER)

Max
(LINDER)

Fürst
(FÜRSTAUER)

Julian Sterrer
(JULIAN STERRER)

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Gesundheitsausschuss zuzuweisen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-09-28T14:56:36+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	